

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotte Nr. 12 — Oskätsche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Pächtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Aufträge 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Widersprechen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 193

Bad Schandau, Freitag, den 19. August 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der deutsche Botschafter v. Goesch stattete einen Besuch bei dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré ab. Es sollen dabei die deutsch-französischen Beziehungen besprochen worden sein.

* In der Rheinschiffahrt ist ein Streit ausgebrochen, der größeren Umfang anzunehmen scheint.

* In Besseringen (Saar) erschoss der 11jährige Sohn des Arbeiters über einen Nachbarn, der seine Mutter geschlagen hatte.

* Wie aus Madawostok gemeldet wird, sind durch die Ueberschwemmung der Ufer des Flusses Ussuri 20 000 Menschen obdachlos geworden. 29 Personen sind in den Fluten umgekommen.

* Nach einer Meldung aus Mexiko City sind in einem Gefängnis im Staate Jalisco 24 Rebellen durch mexikanische Regierungstruppen getötet worden.

Italien in Wirtschaftssorgen.

Von Dr. Karl Hüter-Triest.

Der Faschismus besaß, als er in Italien die Herrschaft an sich brachte, kein eigentliches Wirtschaftsprogramm; er ist erst nach und nach in immer größere Aufgaben förmlich hineingewachsen. Der Gedanke der notwendigen Aufwertung der italienischen Währung stand in faschistischen Kreisen von Anfang an fest, ist aber erst im vierten Jahre des Regimes, vom Herbst des Vorjahres an, in die Tat umgesetzt worden. Der Grund dieser Verpätung ist in den innerpolitischen Schwierigkeiten zu suchen, mit denen — bekanntlich ziemlich reiflos — Aufräumung die Faschisten die ganze Zeit über beschäftigt waren. Ob durch die Einführung einer einseitigen Parteiherrschaft und durch das Niederhalten jeder Opposition die Herstellung einer dauernden innerpolitischen Ruhe gelungen ist, erscheint fraglich. Soviel ist sicher, daß das neue, faschistisch-syndikalistische System im Lande einen immer größeren Ausbau erfährt und daß der neuen Wirtschaftsordnung, wie sie sich bis jetzt in der neuen Arbeitsverfassung, im Syndikatsystem, im Schiedsgerichtswesen, in den Provinzialwirtschaftsräten und im Entwurf des geplanten Ständeparlamentes äußert, ein volkswirtschaftlich tiefer Sinn nicht abzuspüren ist. Besonders die „Carta del lavoro“ stellt in ihren dreißig Artikeln, die nicht geschrieben, sondern gemißelt erscheinen, ein interessantes Dokument dar, in dem ein bürgerlicher Staat die Pflicht zur Arbeit und die Gleichberechtigung aller Arbeit zum ersten Mal praktisch anerkennt. „Die italienische Nation steht als einheitlicher Organismus über der Gemeinschaft der ihr angehörenden Einzelpersonen; ihre Lebensziele sind höher als die eines oder mehrerer Bürger des Landes.“ (Art. 1 der Carta del lavoro). „Arbeit in jeder Form, gleichviel ob Kopf- oder Handarbeit, ist soziale Pflicht; deshalb steht jede Arbeit unter dem besonderen Schutz des Staates.“ (Art. 2). „Die geschlechtlich anerkannten Berufsverbände sichern den politischen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sie stellen eine Einheit der Produktionskräfte und zugleich deren Interessensvertretung dar.“ (Art. 6). „Die Folgen von Produktionskrisen und Währungschwankungen werden gleichmäßig unter alle Faktoren der Wirtschaft aufgeteilt.“ (Art. 13).

Was die Entwicklung der italienischen Währung anlangt, so ging das ursprüngliche Programm dahin, sie auf die Höhe des französischen Franken zu bringen und etwa eine Pfundquotierung um 120 herum anzustreben. Damit einer wirklich methodischen Deflationspolitik setzte mit dem Spätherbst 1926 bekanntlich ein andauerndes Steigen der Lira ein, die schon nach wenigen Monaten die Quote von 115 erreichte. Damit wäre das damals vorgesehene Ziel der Aufwertungs politik erreicht gewesen. Die Lira stieg aber weiter, oft in geradezu panikartiger Weise, und die Höherbewertung machte von einem Sommer zum anderen schließlich schon gegen vierzig Prozent aus, eine Entwicklung, die ganz außerhalb aller Erwartungen der Regierung verlief. Nachdem die italienische Regierung der bis dahin schwachen Lira ein solides Fundament gegeben hatte, trug nämlich die früher auf die Waage eingestellte internationale Spekulation der neuen Lage kurzerhand Rechnung und wechselte die Position. Leider konnte sich die Regierung bis vor kurzem nicht dazu entschließen, Versuche zur Hintanhaltung weiterer Steigerungen zu unternehmen.

Im letzten Halbjahr hat sich nun infolge der Liraerhöhung die Wirtschaftskrise im Land in einem solchen Ausmaß entwickelt, daß der Finanzminister sich Anfang Juli zu der eindeutigen Erklärung genötigt sah, die Lira auf jeden Fall vor weiteren Steigerungen zu bewahren und sogar einen Rückgang auf den Pfundkurs von 90 anstreben zu wollen. Diese Feststellung und die an neutralen Plätzen banktechnisch vorbereiteten Stabilisierungsmaßnahmen haben die Haufe tatsächlich aufgehalten, und damit wurde, wenn auch sehr verspätet, den Forderungen der italienischen Industrie, des Handels und des Fremdenverkehrs ein wenig Rechnung getragen. Die Deflationskrise lastet heute jedenfalls noch in voller Stärke auf den genannten Wirtschaftszweigen. Ueber 200 000 Arbeitslose, 90 Millionen Lira Exportrückgang in

einem Monat, zweieinhalb Milliarden Handelsbilanzpassivum im ersten Viertel 1927, 60prozentiger Rückgang des Fremdenverkehrs, 70 000 Wechselproteste im Monat, 700 Insolvenzen in dreißig Tagen, Riesenandrang bei den Leihämtern — das sind die bisherigen Meilensteine an der Deflationsstraße, wobei man nicht weiß, ob der Höhepunkt schon überschritten ist. Die Baumwollindustrie ist nur ungenügend beschäftigt, die Spinnereien können nur gelegentlich größere Aufträge hereinholen. Das gleiche gilt für die Kammingarispinnereien und Wollwebereien. Die Kunstseidenproduktion hat sehr abgenommen, und der Reinsidenindustrie mangelt neue große Aufträge. Die Lebensmittel- und Konserverindustrie ist dem Ausland gegenüber heute nur sehr schwer konkurrenzfähig, und auch die Landwirtschaft muß in ihren hauptsächlichsten Ausfuhrprodukten große Preisopfer bringen, um nicht ganz der spanischen Konkurrenz zu unterliegen. Die Autofabrikation und die Gummiindustrie haben sich bis jetzt verhältnismäßig gut gehalten, konnten aber, wie aus diesen Geschäftszweigen gefolgt wird, infolge der hart andrängenden Konkurrenz Frankreichs und Amerikas auch nur halbwegs lohnende Preise im Export nicht mehr erzielen. Ueberhaupt hört man aus Industriekreisen, daß selbst die eingeschränkten Betriebe zur Zeit nur ausreicht erhalten werden, damit selbst um den Preis großer finanzieller Opfer die Industrieorganisation weiter arbeite und bei der Wiederkehr der Konjunktur sofort mit der vollen Arbeit einsehen kann. Die chemische Industrie hat sehr stark die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit des Auslandes, nicht zuletzt Deutschlands, zu spüren. Das Baugewerbe be-

findet sich in einer sehr mißlichen Lage, unter der naturgemäß auch die Baumaterialien herstellenden Fabriken sehr leiden. Ein Stolz des neuen Italien, die mächtig entwickelte italienische Schiffbauindustrie, die in den letzten zwei Jahren eine beispiellose Hochkonjunktur hatte, befindet sich in großen Sorgen wegen der Erlangung neuer Bauaufträge. Die Schiffahrtsgesellschaften haben ihre Flottenmodernisierungsprogramme fast völlig durchgeführt. Das italienische Fremdenverkehrsgewerbe, dessen Bruttoertrag in guten Jahren über 3 Milliarden Lira ausmacht und so über 40 Prozent des Handelsbilanzpassivums tilgt, das sich im Jahr auf über 7 Milliarden stellt, ist von der Liraerhöhung hart in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl die Großhandelspreise einen ziemlichen Rückgang erfahren haben, waren die Lebenshaltungskosten in Italien bis vor kurzem nur unwesentlich gesunken, so daß die italienischen Hotels nur eine sehr kurze Frühjahrsaison und ein sehr geringes Sommergeschäft hatten.

Zur Milderung der Deflationskrise hat die Regierung in letzter Zeit verschiedene Maßnahmen durchgeführt, die, wenn sie wirksam werden, das Land wohl über die schwere Zeit, die der Uebergang von einem wirtschaftlichen Gleichgewicht zum anderen allerorts im Gefolge hat, einigermaßen hinweghelfen werden. Es sei hier auf die verstärkte amtliche Ausfuhrförderung, Schaffung einer Exportversicherung, Draganisierung eines Exportnachrichtendienstes, Einfuhrbeschränkungen, Erleichterung von Agrarkrediten, Steuerabbau, zeitweise Wiedereinführung des Mieterschutzes, amtliche Festsetzung und Kontrolle von Höchstpreisen usw. hingewiesen.

Die geforderte Besatzungsverminderung

Besatzungsabbau am Rhein muß kommen!

Befürwortung aus England.

Nachdem das deutsch-französische Handelsabkommen abgeschlossen ist, tritt nunmehr die Frage der Rheinlandräumung mit verstärkter Deutlichkeit in den Vordergrund. Daß sie auf die eine oder die andere Weise in Angriff genommen werden muß, ist jedem Politiker klar, der nach einer endgültigen Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich strebt. Es ist zuviel in der letzten Zeit über diese Angelegenheit gesprochen worden, als daß man annehmen könnte, die beiderseitigen Staatsvertreter könnten an ihr bei offiziellen Zusammenkünften vorbeigehen. So vermutet man jetzt auch, daß ein Besuch, den der deutsche Botschafter Dr. v. Goesch bei dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré Donnerstag früh machte, der weiteren Förderung der gegenseitigen Beziehungen gegolten habe.

Amlich wird aus Paris gemeldet:

Goesch bei Poincaré.

Der deutsche Botschafter v. Goesch hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré, die anderthalb Stunden dauerte. Anlaß zu dieser Besprechung gab der Wunsch des Botschafters, dem Ministerpräsidenten persönlich für die Anteilnahme zu danken, die die französische Regierung und insbesondere Poincaré ihm während seiner langen Krankheit gezeigt habe. Im Laufe der Unterredung wurde der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen erörtert, wobei der erfolgreiche Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages in seiner Bedeutung einer besonderen Würdigung unterzogen wurde.

Für Freitag früh war in Paris ein Ministerrat anberaumt, bei dem man wichtige Auseinandersetzungen über die Rheinlandfrage und unter Umständen wichtige Beschlüßfassungen erwartet. Die Nachricht von der Abfendung einer Antwort der französischen Regierung auf die englischen Noten, die im Juli wegen der Verminderung der Rheinlandbesatzung nach Paris gerichtet wurden, wird von der Savas-Agentur bestätigt. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt zu dieser Antwort der französischen Regierung, deren Inhalt noch nicht bekannt ist, daß die englischen Militärs zweifellos eine Ablehnung der Verminderung der Rheinlandbesatzung durch die französische Regierung verstimmen würde. In politischen Kreisen neige man dazu, den Wunsch Deutschlands auf Verminderung des Truppenbestandes um 10 000 Mann zu unterstützen.

„Ein unerfülltes Versprechen.“

Die englische Presse nimmt aus der Handelsvertragsunterzeichnung durch Frankreich und Deutschland erneuten Anlaß, sich mit der Rheinlandfrage zu beschäftigen. Unter der Überschrift: „Soll Locarno leben oder sterben? Ein

unerfülltes Versprechen“, veröffentlicht „Daily News“ einen Artikel ihres Berichterstatters für auswärtige Angelegenheiten, in dem es heißt: Von den Entscheidungen, die in den nächsten zwei Wochen in Paris in der Frage der Truppenverminderung im Rheinland gefällt werden, würden die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands für lange Zeit abhängen. Die Ansicht in London sei, daß die gegebenen Versprechungen nicht angefochten werden können.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: Die öffentliche Meinung in England will, daß keine weitere Verzögerung in der Erfüllung eines bindenden Versprechens eintritt. Fast zwei Jahre sind bereits vergangen mit dem Ergebnis, daß die Aufgabe Stresemanns bei der Rechtsfertigung des Locarno-Vertrages schwierig gemacht worden ist. Auch in einem Leitartikel nimmt „Daily Chronicle“ Stellung zu der Frage der Herabsetzung der Rheinlandtruppen, die, wie das Blatt ausführt, ein kritisches Stadium erreicht habe und für alle Locarno-Mächte von Wichtigkeit sei. Während „Daily Chronicle“ der Ansicht ist, daß eine Herabsetzung auf 60 000 Mann zwar keine Begeisterung in Deutschland verursachen werde, aber als Mitte zwischen der augenblicklichen Zahl und Deutschlands Forderung nicht unvernünftig sei, wendet sich das Blatt hauptsächlich gegen eine Verminderung der französischen Truppen um nur 9 Prozent, der britischen und belgischen dagegen um je 35 Prozent.

Noch keine Antwort des Foreign Office auf die französische Note.

Paris, 18. August. Bis zur Stunde ist eine Antwort des Foreign Office auf die letzte französische Rheinlandnote noch nicht in Paris eingetroffen. Man glaubt hier nicht, daß die Antwort so frühzeitig erfolgen wird, daß der Ministerrat sie morgen seinen Beratungen zugrunde legen kann. Bekanntlich steht als hauptsächlichster Punkt auf der Tagesordnung der morgigen Ministerratsitzung die Frage der Verringerung der französischen Truppen im Rheinland.

Deutschland und Jugoslawien.

Berlin, 19. August. Der südslawische Außenminister Marinkowitsch, der sich beim König in Belgrad befindet, äußerte sich nach einer Meldung aus Belgrad über die Beziehungen zu Deutschland, daß Südslawien bereit sei, alle Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen, die seinerzeit abgebrochen wurden. Der Handelsvertrag sei fertiggestellt. Es sei nur noch die Zustimmung des Ministerrates erforderlich. Die Hauptsache sei, daß die südslawische und die deutsche Delegation in allen Punkten ein Einvernehmen erzielen.

Marinkowitsch besprach sich in Belgrad auch mit dem italienischen Gesandten. Direkte Verhandlungen über alle noch strittigen Punkte würden nach den Neuweisen beginnen.

Die Rothermere-Aktion hält Marinkowitsch nicht für ernst, da Rothermere in England keinen Einfluß besitzt.